

Rheinland-Pfalz

54634 Bitburg, den 22.04.2022

Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum

DLR Eifel

Landentwicklung und Ländliche Bodenordnung

Telefon: 06561-9480258

Flurbereinigungsverfahren

Telefax: 06561-9480299

Lützkampen

Az : 51071 HA 10.2

Überleitungsbestimmungen

für den Nachtrag I zum Flurbereinigungsplan

- I. Allgemeine Bestimmungen
- II. Besitzübergang der Landabfindung
- III. Übernahme der Obstbäume und Beerensträucher
- IV. Bestimmungen über Waldbestände
- V. Übernahme von Bodentalertümern, Kulturdenkmälern sowie Bäumen außerhalb des Waldes, Feldgehölzen, Hecken und Sträuchern
- VI. Bauliche Anlagen, Einfriedungen, Stroh- und Steinhaufen u.s.w.
- VII. Düngezustand und Klee, Flächenstilllegung
- VIII. Einziehung der alten Wege und Gräben
- IX. Ausbau der neuen gemeinschaftlichen Anlagen
- X. Wasseraufnahme
- XI. Geldausgleiche und Geldabfindungen
- XII. Zeitweilige Einschränkungen des Eigentums

I. Allgemeine Bestimmungen

Die nachstehenden Überleitungsbestimmungen regeln die tatsächliche Überleitung in den neuen Zustand, namentlich den neuen Übergang des Besitzes und der Nutzung der vom Nachtrag 1 zum Flurbereinigungsplan erfassten neuen Grundstücke. Sie sind Bestandteil der vorläufigen Besitzeinweisung vom 05.10.2017 bzw. vom 15.11.2019 gemäß § 65 Flurbereinigungsgesetz (FlurbG) vom 16.03.1976 (BGBl. I S. 546) Flurbereinigungsgesetz (FlurbG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16.03.1976 (BGBl. I Seite 546), zuletzt geändert durch Artikel 17 des Gesetzes vom 19.12.2008 (BGBl. I Seite 2794) und werden erst mit ihr wirksam.

Diese Bestimmungen können, soweit sie nicht auf zwingenden Gesetzesbestimmungen beruhen oder bestimmte Fristen für die Einreichung von Anträgen an das DLR angegeben sind, durch abweichende Vereinbarungen unter den Beteiligten ersetzt werden. Diese Vereinbarungen sind der Flurbereinigungsbehörde anzuzeigen. In besonderen Fällen können von Amtswegen oder auf Antrag Ausnahmen von den Überleitungsbestimmungen angeordnet, namentlich die darin festgesetzten Fristen abgeändert werden.

Die Anhörung des Vorstandes der Teilnehmergeinschaft zu den Überleitungsbestimmungen ist erfolgt.

II. Besitzübergang der Landabfindung

1. Unbeschadet von Widersprüchen, die gegen den Nachtrag I zum Flurbereinigungsplan innerhalb der Widerspruchsfrist (§ 59 Abs. 2 und 5 FlurbG) vorgebracht werden, treten die Beteiligten in den Besitz und die Nutzung ihrer Landabfindung und verlieren den Besitz, die Verwaltung und die Nutzung ihrer Einlagegrundstücke sobald die darauf stehenden Früchte abgeerntet bzw. die Grundstücke geräumt sind am

20.05.2022

2. Als spätestester Zeitpunkt für die Aberntung oder Räumung der Grundstücke wird folgender Tag bestimmt:

19.05.2022

3. Die Aberntung bzw. Räumung der Grundstücke muss am Abend des vorgenannten Termins beendet sein, soweit unter den nachfolgenden Ziffern, insbesondere Ziffern V. bis VIII keine besondere Regelung getroffen ist. An dem darauf folgenden Tage kann der Empfänger der Flächen mit deren Bestellung beginnen.
4. Der Planempfänger darf alte Wegeflächen erst dann in Kultur bringen, wenn entsprechende Ersatzwege geschaffen sind.

III. Übernahme der Obstbäume und der Beerensträucher

- entfällt -

IV. Bestimmungen über Waldbestände

1. Der Besitz des aufstehenden Holzes auf forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken geht zusammen mit den Grundstücken, auf denen sie stehen, auf den Empfänger der Landabfindung über, soweit in den Überleitungsbestimmungen nichts anderes bestimmt ist.
2. Bei Veränderungen in den Waldflächen wird für aufstehendes Holz - soweit möglich – Abfindung in Holzwerten gegeben. Etwaige Mehr- oder Minderabfindungen in den Holzwerten werden auf der Grundlage der von einem Sachverständigen durchgeführten Wertermittlung in Geld ausgeglichen. Die Geldausgleiche **sind im Nachtrag I zum Flurbereinigungsplan** festgesetzt.
3. Der bisherige Empfänger der Landabfindung darf in den nicht wieder zugeteilten Waldflächen kein Holz mehr schlagen (siehe Ziffer XII Nr. 4 dieser Überleitungsbestimmungen). Geschlagenes Holz oder Holz aus Windwurfschäden muss bis spätestens **31.07.2022** abgeräumt sein. Soweit Altbesitzflächen unverändert wieder ausgewiesen werden, kann nach vorheriger Zustimmung der Flurbereinigungsbehörde Holz, im Rahmen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung, geschlagen werden. Bis zur Unanfechtbarkeit der Bestandswertermittlung dürfen Holzeinschläge in den neu ausgewiesenen Holzgrundstücken nur mit Zustimmung der Flurbereinigungsbehörde erfolgen. Somit sind alle beabsichtigten Holzeinschläge vor Beginn der Arbeiten der Flurbereinigungsbehörde anzuzeigen. Auf Abschnitt XII dieser Überleitungsbestimmungen wird hingewiesen.
4. Im Übrigen bedürfen Holzeinschläge, die den Rahmen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung übersteigen, weiterhin der Zustimmung der Flurbereinigungsbehörde, die gegebenenfalls im Einvernehmen mit der Forstaufsichtsbehörde erteilt wird (§ 85 Nr. 5 FlurbG).

Werden Holzeinschläge ohne Zustimmung der Flurbereinigungsbehörde vorgenommen, so kann angeordnet werden, dass derjenige, der das Holz gefällt hat, die abgeholzte Fläche wieder ordnungsgemäß aufzuforsten hat.

Zu widerhandlungen gegen diese Vorschrift sind Ordnungswidrigkeiten, die mit Geldbußen geahndet werden können.

V. Übernahme von Bodenaltertümern, Kulturdenkmalen, Bäumen außerhalb des Waldes, Feldgehölzen, Hecken und Sträuchern

- entfällt-

VI. Bauliche Anlagen, Einfriedungen, Stroh- und Steinhaufen usw.

-entfällt-

VII. Düngungszustand, Klee und Zwischenfrüchte, Flächenstilllegung

1. Für die Düngung von Flächen wird keine Entschädigung gegeben. Die mit Klee, Luzerne und dergl. bestandenen Flächen gehen ohne Entschädigung auf den Flurstücksempfänger über.
2. Die im Zuge von Flächenstilllegungsmaßnahmen mit Wildkräutern oder Gründüngungspflanzen bestandenen Flächen sind vom Alteigentümer spätestens bis zum **31.07.2022** abzumähen bzw. zu mulchen. Darüber hinaus besteht für den Alteigentümer keine weitere Pflegeverpflichtung an den Stilllegungsflächen.

VIII. Einziehung der alten Wege und Gräben

1. Die noch vorhandenen bisherigen Wege können benutzt werden und die alten Überfahrtsrechte bleiben bestehen, bis die im Flurbereinigungsplan vorgesehenen Wegeanlagen fertig gestellt sind.
2. Die bisherigen Wasserläufe und Abzugsgräben müssen offen gehalten werden, bis die neuen angelegt sind.
3. Die entbehrlich gewordenen Wege werden auf Kosten der Teilnehmergeinschaft aufgerissen und beseitigt, es sei denn, die Teilnehmer beseitigen die wegfallenden Wege selbst. Eine Entschädigung wird in diesem Falle nicht gewährt. Bei befestigten alten Wegen wird das Befestigungsmaterial entfernt und durch Boden ersetzt.

IX. Ausbau der neuen gemeinschaftlichen Anlagen

1. Die gemeinschaftlichen Anlagen werden nach Maßgabe des vom DLR aufgestellten und von der Oberen Flurbereinigungsbehörde genehmigten Wege- und Gewässerplanes, sowie den Festsetzungen im Flurbereinigungsplan durch den

Verband der Teilnehmergeinschaften – VTG – (Bauleitung) unter Aufsicht des DLR (behördliche Bauaufsicht) ausgebaut. Soweit neue Wege bereits gebrauchsfertig ausgebaut sind, können dies befahren werden.

2. Während des Ausbaues sind die Empfänger der neuen Flurstücke in der Ausnutzung ihrer Abfindung folgenden Einschränkungen unterworfen und zu folgenden Leistungen verpflichtet:
 - 2.1 Beim Bau von Wegen, Gräben, Dränagen, Brücken und dergl. dürfen die angrenzenden Flurstücke zur Ablagerung von Erde, Geröll, Wurzelstöcken, Sträuchern und Baustoffen sowie Anlegung von Notwegen, Notgräben, Notbrücken und dergl. benutzt werden. Die Bauleitung veranlasst soweit möglich die Wiederherstellung des früheren Zustandes.
 - 2.2 Während und nach der Herstellung können die Wege vorübergehend gesperrt werden.
 - 2.3 Die Teilnehmer dürfen auf gemeinschaftlichen Anlagen weder Gegenstände und Materialien (z.B. Steine, Baumstämme, Wurzelstöcke und dergl.) lagern noch die Bauarbeiten anderweitig beeinträchtigen.
 - 2.4 Über die Verwendung der abgelagerten Erde verfügt die Flurbereinigungsbehörde bzw. die Bauleitung.
3. Dränungen können auch nach der Planausführung durch neue Grundstücke geführt werden, wenn dies zur Erreichung eines Vorfluters oder Dränsystems notwendig ist. Schadensersatz wird nicht gewährt. In Ausnahmefällen ist auf Antrag Härteausgleich möglich. Bäume, Sträucher und andere tief wurzelnde Pflanzen dürfen nicht so nah an die Dränleitung gepflanzt werden, dass ein Einwachsen der Wurzeln zu befürchten ist.
4. Die Flächen, die für gemeinschaftliche Anlagen neu ausgewiesen werden, bleiben bis zur Übergabe an den im Flurbereinigungsplan benannten Eigentümer im Besitz der Teilnehmergeinschaft, vertreten durch den Vorsitzenden des Vorstandes. Davon ausgenommen sind die Flächen der Anlagen, die unverändert geblieben und daher lt. Flurbereinigungsplan beim Alteigentümer verbleiben.

X. Wasseraufnahme

Die Empfänger der neuen Flurstücke sind verpflichtet, das auf den Wegen und in ihren Nebenanlagen sich sammelnde Wasser auf ihren Abfindungen ohne Entschädigung aufzunehmen und möglichst schadlos weiterzuführen, wenn dieses Wasser nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohen Kosten auf den Wegen selbst abgeleitet werden kann. Die Anlegung von Erdwällen, die einen Wasserabfluss in die unterliegenden Flurstücke verhindern, ist untersagt.

XI. Geldausgleiche und Geldabfindungen

Eventuell erforderlich werdende Geldausgleiche und Geldabfindungen **sind im Nachtrag I zum Flurbereinigungsplan festgesetzt.**

XII. Zeitweilige Einschränkungen des Eigentums

1. Bis zur Unanfechtbarkeit des Flurbereinigungsplanes (§ 61 FlurbG) gelten auch noch nach Erlass der vorläufigen Besitzeinweisung (§ 65 FlurbG) oder der vorzeitigen Ausführungsanordnung (§ 63 FlurbG) weiterhin folgende Einschränkungen, sofern in diesen Überleitungsbestimmungen nichts anderes festgesetzt ist:
 - 1.1 In der Nutzungsart der Grundstücke dürfen ohne Zustimmung der Flurbereinigungsbehörde nur Änderungen vorgenommen werden, wenn sie zum ordnungsgemäßen Wirtschaftsbetrieb gehören.
 - 1.2 Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen dürfen nur mit Zustimmung der Flurbereinigungsbehörde errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden.
 - 1.3 Baumgruppen, einzelne Bäume, Feld- und Ufergehölze, Hecken, Obstbäume und Beerensträucher dürfen nur in Ausnahmefällen, so weit landeskulturelle Belange, insbesondere des Naturschutzes und der Landschaftspflege, nicht beeinträchtigt werden, mit Zustimmung der Flurbereinigungsbehörde beseitigt werden.
 - 1.4 Holzeinschläge, die den Rahmen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung übersteigen, bedürfen der Zustimmung der Flurbereinigungsbehörde. Die Zustimmung darf nur im Einvernehmen mit der Forstaufsichtsbehörde erteilt werden.
2. Sind Eingriffe entgegen der Vorschrift Nr. XII. 1.3 vorgenommen worden, so muss die Flurbereinigungsbehörde Ersatzpflanzungen anordnen.
3. Sind entgegen den Vorschriften zu Nrn. XII. 1.1 und XII. 1.2 Änderungen vorgenommen oder Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Flurbereinigungsverfahren unberücksichtigt bleiben. Die Flurbereinigungsbehörde kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG wiederherstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist.
4. Sind Holzeinschläge entgegen der Vorschrift zu Nr. XII. 1.4 vorgenommen worden, so kann die Flurbereinigungsbehörde anordnen, dass derjenige, der das Holz gefällt hat, die abgeholzte Fläche wieder ordnungsmäßig aufzuforsten hat.
5. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften Nrn. XII. 1.2, XII. 1.3 und XII. 1.4 sind Ordnungswidrigkeiten, die mit Geldbußen geahndet werden können (§ 154 FlurbG). Die Bußgeldbestimmungen des Landesforstgesetzes und des Bundesnaturschutzgesetzes bleiben unberührt.
6. Die Rechtskraft des Flurbereinigungsplanes wird, wenn die Ausführungsanordnung nach § 61 FlurbG nicht erlassen wird, öffentlich bekannt gemacht.

Bitburg, den 22.04.2022

Im Auftrag

Michael Loser